

Vertrag
über
Entsorgungsdienstleistungen
Los ...

[Losnummer wird nach Zuschlag durch die Auftraggeberin ergänzt]

zwischen

der BG Klinikum Hamburg gGmbH, Bergedorfer Straße 10, 21033 Hamburg, vertreten durch die Geschäftsführer Dr. Harald Müller und Rolf Keppeler,

nachfolgend „**Auftraggeberin**“ genannt,

und

[.....]

nachfolgend „**Auftragnehmer**“ genannt,

Auftraggeberin und Auftragnehmer zusammen nachfolgend „**Parteien**“ genannt,

Präambel

Die Auftraggeberin ist eine Tochtergesellschaft der BG Kliniken - Klinikverbund der gesetzlichen Unfallversicherung gGmbH.

Als medizinische Einrichtung der gesetzlichen Unfallversicherung ist das BG Klinikum Hamburg in der Rechtsform einer gemeinnützigen Gesellschaft mit beschränkter Haftung (gGmbH) organisiert. Die Geschäftsführung und die Gesellschafterversammlung stellen die obligatorischen Organe der gGmbH dar. Dem Kreis der Gesellschafter gehören neben der BG Kliniken - Klinikverbund der gesetzlichen Unfallversicherung gGmbH ausschließlich Träger der gesetzlichen Unfallversicherung Deutschlands an. Die BG Kliniken - Klinikverbund der gesetzlichen Unfallversicherung gGmbH ist Mehrheitsgesellschafter des BG Klinikums Hamburg.

Das BG Klinikum Hamburg zählt zu den größten Traumazentren in Deutschland. Rund 2.500 Beschäftigte stellen die qualifizierte Versorgung von über 50.000 Patientinnen und Patienten jährlich sicher.

Der Auftragnehmer hat auf sein Angebot in dem EU-weiten Vergabeverfahren der Auftraggeberin über Entsorgungsdienstleistungen (Az. 157-25 (200) HAM) den Zuschlag für Los ... [Losnummer wird nach Zuschlag durch die Auftraggeberin ergänzt] erhalten.

Dies vorausgeschickt, vereinbaren die Parteien Folgendes:

§ 1 Vertragsbestandteile und Rangfolge

- (1) Diese Vereinbarung besteht aus den folgenden Vertragsbestandteilen in nachstehender Reihenfolge, die zugleich Rangfolge ist
 - a) dieser Vertragsurkunde,
 - b) der Leistungsbeschreibung inkl. Preisblatt (inkl. Anlagen – nur Los 1) (Anlage 1)
 - c) der Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentgelt (Anlage 2)
 - d) dem Lageplan (Los 1, 3 – 5 bzw. Los 2) (Anlage 3)
 - e) Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung und Datenschutzkonzept des Auftragnehmers (Los 2) (Anlage 4)
 - f) die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) – Ausgabe 2003.
- (2) Die Allgemeinen Deutschen Spediteurbedingungen (ADSp), Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers sowie sonstige vom Auftraggeber nicht geforderte, dem Angebot beigefügte Unterlagen und Bedingungen des Auftragnehmers sind nicht Vertragsbestandteil, auch wenn die Auftraggeberin ihrer Geltung nicht ausdrücklich widersprochen hat. Dies gilt auch dann, wenn der Auftragnehmer sich im zukünftigen Schriftverkehr darauf bezieht oder darauf hinweist.

§ 2 Leistungsgegenstand

- (1) Dieser Vertrag regelt die Beauftragung des Auftragnehmers mit der ordnungsgemäßen, fach- und sachgerechten Entsorgung der erzeugten Abfälle von der Auftraggeberin für Los ... [Losnummer wird nach Zuschlag durch die Auftraggeberin ergänzt]. Die Einzelheiten sind in der Leistungsbeschreibung geregelt, die Bestandteil des Vertrages ist. Die Leistungsbeschreibung gilt insoweit als die von diesem Vertrag umfassten Lose betroffen sind.
- (2) Die Auftraggeberin übernimmt gegenüber dem Auftragnehmer keine Gewähr hinsichtlich der Zusammensetzung, der Menge und der Qualität des Abfalls sowie für die Stetigkeit der Abfallmengen.

§ 3 Verantwortliche Personen

Die Parteien benennen sich wechselseitig spätestens sieben Werktage nach Zuschlagserteilung einen Ansprechpartner sowie einen Stellvertreter als verantwortliche Personen für Angelegenheiten aus und in Zusammenhang mit diesem Vertrag. Ein Wechsel der verantwortlichen Personen während der Vertragslaufzeit ist der jeweils anderen Partei unverzüglich anzuzeigen.

§ 4 Rechte und Pflichten des Auftragnehmers

- (1) Der Auftragnehmer erbringt die Leistungen in eigener Verantwortung. Er verpflichtet sich, die zur Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Leistungserbringung notwendigen rechtlichen, technischen und organisatorischen Voraussetzungen zu schaffen sowie die Handelsbräuche, die anerkannten Regeln der Technik, die gesetzlichen Vorschriften und behördlichen Bestimmungen zu beachten und ausschließlich Personal einzusetzen, welche die jeweils erforderliche Qualifikation besitzt.
- (2) Die vom Auftragnehmer eingesetzten Fahrzeuge entsprechen den gesetzlichen Bestimmungen. Erforderliche Kennzeichnungen sind angebracht. Außerhalb des Abfallrechts erforderliche Zulassungen sind beim Auftragnehmer vorhanden.
- (3) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, seine Leistungserbringung so zu dokumentieren, dass überprüft werden kann, ob die Leistungserbringung ordnungsgemäß war und alle abfall- und umweltrechtlichen Bestimmungen erfüllt wurden.
- (4) Werden einzelne, für die Ausführung der Leistungen erforderliche behördliche Genehmigungen widerrufen, ist der Auftragnehmer verpflichtet, der Auftraggeberin unverzüglich hierüber zu informieren. In diesem Fall ist die Auftraggeberin berechtigt, den Vertrag ohne Einhalten einer Kündigungsfrist zu kündigen. Sollte absehbar sein, dass der Auftragnehmer die Genehmigung zeitnah wiedererlangen wird, ist die Auftraggeberin berechtigt, an dem Vertrag festzuhalten und bis zum Wiedererlangen der Genehmigung durch den Auftragnehmer einen Dritten mit der Durchführung der Leistung zu beauftragen. Sollte der Auftragnehmer die Genehmigung nicht in einem zwischen den Parteien abgestimmten Zeitraum wiedererlangen, ist die Auftraggeberin berechtigt, den Vertrag ohne Einhalten einer Kündigungsfrist zu kündigen. Ein Anspruch auf Erfüllung oder Schadenersatz kann der Auftragnehmer aus diesem Grund nicht geltend machen.
- (5) Die Auftraggeberin hat das Recht, die an der Entsorgung beteiligten Unternehmen durch den Betriebsbeauftragten für Abfall und/oder den Datenschutzbeauftragten der Auftraggeberin auditieren zu lassen.
- (6) Der Auftragnehmer ist für die Auswahl seines Personals selbst verantwortlich. Es werden nur solche Arbeitskräfte eingesetzt, die nach Maßgabe der tariflichen Mindestlöhne und den Anforderungen aus den für den Auftragnehmer geltenden tariflichen Bestimmungen entlohnt werden. Sämtliche eingesetzte Arbeitskräfte sollen die deutsche Sprache so weit beherrschen, dass eine sehr gute Kommunikation gewährleistet ist.

- (7) Der Auftragnehmer erteilt der Auftraggeberin auf Verlangen Auskunft über den aktuellen Stand der jeweiligen Aufgabenerfüllung.
- (8) Bei Abweichungen von der Leistungsbeschreibung sind die Daten gemeinsam neu aufzunehmen. Sie gelten ab dem Monat, in dem sie festgestellt wurden.
- (9) Die Auftraggeberin behält sich vor, einzelne Bereiche oder Leistungen aus dem Auftragsumfang herauszunehmen. Turnusanpassungen sind jederzeit möglich.
- (10) Der Auftragnehmer hat bei Beendigung des Vertragsverhältnisses am Tag der letzten Leistungserbringung sämtliche von ihm eingesetzte Gegenstände zurückzunehmen.

§ 5 Einsatz von Nachunternehmern

- (1) Sofern die Nachunternehmer noch nicht im Vergabeverfahren benannt und von der Auftraggeberin akzeptiert wurden, ist der Auftragnehmer nur berechtigt, Nachunternehmer einzusetzen oder auszutauschen, soweit er diese namentlich benennt und die Auftraggeberin dem Einsatz ausdrücklich zugestimmt hat. Die Auftraggeberin darf den Einsatz ablehnen, wenn Zweifel an der Eignung bestehen.
- (2) Die Beauftragung von Nachunternehmern erfolgt im Auftrag und auf Rechnung des Auftragnehmers. Der Auftragnehmer ist für die Einhaltung der Verpflichtungen aus diesem Vertrag durch den Nachunternehmer verantwortlich. Auf Verlangen der Auftraggeberin hat er die Einhaltung der Verpflichtungen nachzuweisen.
- (3) Der Auftragnehmer darf Einzelleistungen nur an Nachunternehmer übertragen, die fachkundig, leistungsfähig und zuverlässig sind; dazu gehört auch, dass diese ihren gesetzlichen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Sozialabgaben nachkommen und nachgekommen sind, die einschlägigen arbeitsrechtlichen Bestimmungen und insbesondere das Gesetz zur Bekämpfung von Schwarzarbeit beachten sowie die gewerberechtlichen, auch abfallrechtlichen Voraussetzungen erfüllen. Sämtliche in diesem Vertragswerk genannten Nachweise zur Eignung, wie zum Beispiel Genehmigungen, Zertifikate und Zulassungen, sind dem Auftraggeber vor Übertragung der Leistung vorzulegen. Der Auftragnehmer darf den Nachunternehmern keine ungünstigeren Bedingungen - insbesondere hinsichtlich der Zahlungsweise und der Sicherheitsleistungen - auferlegen, als zwischen ihm und der Auftraggeberin vereinbart sind. Auf Verlangen der Auftraggeberin hat er dies nachzuweisen.
- (4) Der Auftragnehmer muss sicherstellen, dass im Fall der Beauftragung eines genehmigten Nachunternehmers dieser die ihm übertragenen Leistungen nicht seinerseits weitervergibt, es sei denn, die Auftraggeberin hat zuvor schriftlich zugestimmt.

§ 6 Laufzeit und Kündigung

- (1) Der Vertrag tritt zum 01.12.2026 in Kraft und endet, ohne, dass es einer Kündigung bedarf, am 30.11.2028. Er hat eine Laufzeit von 24 Monaten.

- (2) Die Auftraggeberin kann den Vertrag einseitig zwei Mal um jeweils 12 Monate verlängern, wenn sie den Auftragnehmer spätestens sechs Monate vor Vertragsende durch schriftliche Erklärung über die Ausübung der Verlängerungsoption unterrichtet.
- (3) Das Recht der Parteien zur Kündigung dieses Vertrages aus wichtigem Grund bleibt unberührt. Ein wichtiger Grund zur Kündigung durch die Auftraggeberin liegt insbesondere vor,
- a) wenn der Auftragnehmer trotz schriftlicher Abmahnung und angemessener Fristsetzung seine Pflichten zur ordnungsgemäßen Erfüllung der ihm übertragenen Aufgaben nicht erfüllt; betrifft die Nichterfüllung nur einzelne Leistungen, so ist ein wichtiger Grund nur dann gegeben, wenn die dadurch eingetretene Leistungsstörung ein derartiges Gewicht hat, dass dadurch oder im Zusammenhang mit anderen Leistungsstörungen eine wesentliche Störung in der ordnungsgemäßen Erfüllung der übertragenen Aufgaben insgesamt eintritt; wenn und soweit der Auftragnehmer die Pflichtverletzung nicht zu vertreten hat, liegt ein wichtiger Grund allerdings nur vor, wenn der Auftraggeberin das Festhalten am Vertrag nicht mehr zumutbar ist.
 - b) wenn der Auftragnehmer ohne Zustimmung der Auftraggeberin schuldhaft von der in dem Angebot vorgesehenen Art der Abfallentsorgung abweicht.
 - c) wenn der Auftragnehmer ohne vorherige Zustimmung der Auftraggeberin Nachunternehmer zur Leistungserbringung einsetzt.
 - d) wenn der Auftragnehmer seine Zahlung einstellt, das Insolvenzverfahren beantragt, in Insolvenz gerät oder das Insolvenzverfahren mangels Masse abgelehnt wird.
 - e) wenn der Auftragnehmer für ihn verpflichtend gültige tarifliche Bestimmungen oder Arbeitsschutzbestimmungen nicht anwendet oder gegen Bestimmungen des Ausländerrechts verstößt sowie bei Nichterfüllung sozialversicherungsrechtlicher Pflichten.
- Der anderen Partei ist vor der Kündigung aus wichtigem Grund Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.
- (4) Wird ein der Erfüllung des Vertragszwecks dienendes Objekt durch die Auftraggeberin aufgegeben, kann dieser Vertrag ganz oder teilweise mit einer Frist von sechs Wochen aus wichtigem Grund vorzeitig von der Auftraggeberin gekündigt werden.
- (5) Eine Kündigung bedarf der Schriftform.

§ 7 Vergütung

- (1) Die Auftraggeberin zahlt für die Leistungen des Auftragnehmers eine Vergütung gemäß Preisblatt (Anlage 1).
- (2) Die vereinbarten Preise sind Festpreise für die Vertragslaufzeit.
- (3) Die Preise gemäß Preisblatt enthalten sämtliche Entsorgungsnebenkosten, insbesondere auch die Kosten für Verpackung, Behältermiete, Aufladen, Beförderung

bis zur Verwendungsstelle, Versicherung und Abladen und sonstige Entsorgungskosten, sofern in der Leistungsbeschreibung / im Preisblatt nichts anderes angegeben ist.

- (4) Etwaige Patentgebühren und Lizenzvergütungen sind durch den Festpreis für die Leistung abgegolten. Sonstige Aufwendungen des Auftragnehmers, wie zum Beispiel Klassifizierungen, Bearbeitungsgebühren, Annahmegebühren, Versicherungen und sonstige Nebenkosten sind ebenfalls durch den Preis für die Leistung abgegolten.

§ 7 Rechnungslegung und Zahlung

- (1) Die Rechnungen sind als Monatsrechnungen zusammenzufassen und bis zum 10. Werktag des Folgemonats als Sammelrechnung an die Auftraggeberin zu richten.
- (2) Rechnungen müssen die Preise für alle Leistungspositionen getrennt ausweisen. Allen Rechnungen sind die Wiegescheine und die Leistungsscheine [Los 2: und die Vernichtungserklärung, Los 5: und die Begleitscheine] beizufügen. Eine Zahlung erfolgt erst, wenn diese Unterlagen vollständig und sachlich richtig vorliegen.
- (3) In den Rechnungen sind Umfang und Wert der abgerechneten Leistungen aufzuführen und mit Nettopreisen anzugeben.

In den Rechnungen sind neben Umfang und Wert die folgenden Angaben zu machen:

- der Leistungsumfang und die Leistungsart
 - der Abrechnungszeitraum
 - der Liefer-/ Abholort
 - die Leistungsnummer, Leistungsmenge und Leistungsbezeichnung
 - die Einzelpreise der Leistungen
 - die separat ausgewiesene Umsatzsteuer
 - die Gesamtrechnungssumme.
- (4) Die Rechnungen sind mit den Vertragspreisen ohne Umsatzsteuer (Nettopreise) aufzustellen. Der Umsatzsteuerbetrag ist am Schluss der Rechnung mit dem Steuersatz einzusetzen, der zum Zeitpunkt des Entstehens der Steuerschuld, bei Schlussrechnungen zum Zeitpunkt des Bewirkens der Leistung, gilt.
 - (5) Beim Überschreiten von Vertragsfristen, die der Auftragnehmer zu vertreten hat, wird die Differenz zwischen dem aktuellen Umsatzsteuerbetrag und dem bei Fristablauf maßgebenden Umsatzsteuerbetrag nicht erstattet.
 - (6) Rechnungen werden ohne abweichende Vereinbarung in einfacher Ausfertigung auf die Auftraggeberin ausgestellt und in elektronischer Form übermittelt. Sofern die Voraussetzungen der Verordnung über die elektronische Rechnungsstellung im öffentlichen Auftragswesen des Bundes (E-Rechnungsverordnung - ERechV) erfüllt sind, ist die Übermittlung der Rechnung über die Leitweg ID 02000000-UBGKHH0001-94 der Auftraggeberin über die Rechnungseingangsplattform OZG-RE nach den

Vorschriften dieser Verordnung vorzunehmen. Im Übrigen erfolgt die Rechnungsstellung an die von der Auftraggeberin mitgeteilte E-Mail-Adresse.

- (7) Die Rechnung muss übersichtlich und aus der Sicht eines objektiven Dritten nachvollziehbar und nachprüfbar sein.
 - (8) Sofern die in Abs. 1 vereinbarte Frist der Rechnungslegung nicht eingehalten wurde, müssen Forderungen zumindest im laufenden Geschäftsjahr -spätestens jedoch bis 10. Januar des Folgejahres abgeschlossen werden. Wird eine Rechnung zu einem späteren Zeitpunkt gestellt, hat der Auftragnehmer der Auftraggeberin den hieraus entstehenden Schaden zu ersetzen.
 - (9) Die Zahlungsfrist beträgt 14 Tage bei Skontogewährung und 30 Tage ohne Skonto, nach Rechnungseingang. Alle Zahlungen werden bargeldlos in Euro auf das vom Auftragnehmer zu benennende Konto geleistet.
 - (10) Als Tag der Zahlung gilt bei Überweisung von einem Konto der Tag der Abgabe oder Absendung des Zahlungsauftrags an ein Geldinstitut.
 - (11) Die Auftraggeberin ist berechtigt, zur Erfüllung sich aus dem Vertrag ergebender Verpflichtungen Zahlungen unmittelbar an Gläubiger des Auftragnehmers (Lieferant, Nachunternehmen) zu leisten, soweit
 - a) diese an der Ausführung der vertraglichen Leistung des Auftragnehmers aufgrund eines mit diesem abgeschlossenen Vertrags beteiligt sind,
 - b) diese wegen Zahlungsverzugs des Auftragnehmers die Fortsetzung ihrer Leistung zu Recht verweigern und
 - c) die Direktzahlung die Fortsetzung der Leistungen sicherstellen soll.
- Erklärt sich der Auftragnehmer auf Verlangen der Auftraggeberin innerhalb einer von dieser gesetzten Frist nicht darüber, ob und inwieweit er die Forderung seines Gläubigers anerkennt, und legt er bei Nichtanerkennung keinen Nachweis der Berechtigung dazu vor, so gelten die Voraussetzungen für die Direktzahlung als anerkannt. Entsprechendes gilt bei Teilleistungen.
- (12) Bei Rückforderungen der Auftraggeberin aus Überzahlungen (§§ 812 ff. BGB) kann sich der Auftragnehmer nicht auf Wegfall der Bereicherung (§ 818 Abs. 3 BGB) berufen.
 - (13) Im Falle der Überzahlung hat der Auftragnehmer den überzahlten Betrag zu erstatten. Leistet er die Überzahlung innerhalb von 14 Kalendertagen nach Zugang des Rückforderungsschreibens nicht, befindet er sich ab diesem Zeitpunkt mit seiner Zahlungsverpflichtung in Verzug und hat Verzugszinsen in Höhe von 9 % über dem Basiszinssatz des § 247 BGB zu zahlen. Auf einen Wegfall der Bereicherung kann sich der Auftragnehmer nicht berufen.

§ 8 Abtretung

(1) Forderungen des Auftragnehmers gegen die Auftraggeberin können ohne Zustimmung der Auftraggeberin nur abgetreten werden, wenn die Abtretung sich auf alle Forderungen in voller Höhe aus dem genau bezeichneten Auftrag einschließlich aller etwaigen Nachträge erstreckt. Teilabtretungen sind nur mit schriftlicher Zustimmung der Auftraggeberin gegen ihn wirksam.

(2) Eine Abtretung wirkt gegenüber der Auftraggeberin erst

a) wenn sie ihm vom alten Gläubiger (Auftragnehmer) und vom neuen Gläubiger untergenauer Bezeichnung der auftraggebenden Stelle und des Auftrages schriftlich angezeigt worden ist und

b) wenn der neue Gläubiger eine Erklärung mit folgendem Inhalt abgegeben hat:

„Ich erkenne an,

1. dass die Erfüllung der Forderung nur nach Maßgabe der vertraglichen Bestimmungen beansprucht werden kann,

2. dass mir gemäß § 404 BGB die Einwendungen entgegengesetzt werden können, die zur Zeit der Abtretung gegen den bisherigen Gläubiger begründet waren,

3. dass die Aufrechnung mit Gegenforderungen in den Grenzen des § 406 BGB zulässig ist,

4. dass eine durch mich vorgenommene weitere Abtretung gegenüber der Auftraggeberin nicht wirksam ist.

Zahlungen, die die Auftraggeberin nach der Abtretung an den Auftragnehmer leistet, lasse ich gegen mich gelten, wenn vom Zugang der Abtretungsanzeige bei der Auftraggeberin bis zum Tag der Zahlung (Tag der Hingabe oder Absendung des Überweisungsauftrags an die Post oder Geldanstalt) noch nicht 6 Werktage verstrichen sind. Dies gilt nicht, wenn der für die Zahlung zuständige Mitarbeiter schon vor Ablauf dieser Frist von der Abtretungsanzeige Kenntnis hatte.“

(3) Abtretungen aus mehreren Aufträgen sind für jeden Auftrag gesondert anzuzeigen.

(4) Ohne Einhaltung der vorgenannten Abtretungsvoraussetzungen kann der Auftragnehmer Geldforderungen an einen Dritten abtreten, wenn der Auftragnehmer Kaufmann im Sinne des Handelsgesetzbuches (HGB) ist und das Rechtsgeschäft, das die Forderung begründet hat, für ihn ein Handelsgeschäft ist (siehe § 354 a S. 1 HGB). Die Forderungsabtretung entfaltet dann aber keine bindende Wirkung gegenüber der Auftraggeberin; er kann vielmehr weiterhin mit befreiender Wirkung an den Auftragnehmer Zahlungen leisten. Das gilt auch dann, wenn die Forderungsabtretung

der Auftraggeberin angezeigt wird oder er anderweitig davon Kenntnis erlangt (siehe § 354 a S. 2 und 3 HGB).

§ 9 Leistungsstörungen

- (1) Bei Leistungsstörungen, auch bei Betriebsstörungen in einem oder mehreren Betrieben des Auftragnehmers oder von ihm eingesetzter Nachunternehmer, welche die ordnungsgemäße und bedarfsgerechte Erbringung der Leistung gefährden könnten, hat der Auftragnehmer die zuständige Fachabteilung der Auftraggeberin unverzüglich in schriftlicher Form in Kenntnis zu setzen.
- (2) Sofern die Auftraggeberin gegenüber dem Auftragnehmer beanstandet, dass die Leistung nicht ordnungsgemäß erbracht wird, ist dieser verpflichtet, unverzüglich geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die ordnungsgemäße Leistungserbringung für die Zukunft sicherzustellen.
- (3) Erfüllt der Auftragnehmer seine Verpflichtungen aus diesem Vertrag nicht, nicht rechtzeitig, nicht vollständig oder nicht ordnungsgemäß, so kann die Auftraggeberin unbeschadet ihrer übrigen gesetzlichen Ansprüche dem Auftragnehmer einmalig schriftlich eine angemessene Frist zur Erfüllung seiner vertraglichen Verpflichtungen setzen. Kommt der Auftragnehmer seinen Pflichten innerhalb dieser Frist nicht nach, so ist die Auftraggeberin berechtigt, die Leistungen auf Kosten des Auftragnehmers selbst durchzuführen oder durch einen Dritten ausführen zu lassen. Sätze 1 und 2 gelten nicht, soweit der Auftragnehmer die Pflichtverletzung nicht zu vertreten hat.

§ 10 Haftung

- (1) Es gelten die gesetzlichen Haftungsregelungen einschließlich der Regelungen der VOL/B.
- (2) Die Auftraggeberin und der Auftragnehmer verpflichten sich, die jeweils andere Partei von einer Inanspruchnahme Dritter freizustellen, wenn die Inanspruchnahme auf einem von der eigenen Partei gegenüber der anderen Partei zum Schadensersatz verpflichtenden Ereignis beruht.
- (3) Für den Fall, dass der Auftraggeberin wegen einer nicht ordnungsgemäßen Entsorgung ein Bußgeld oder eine Strafe auferlegt wird, hat die Auftraggeberin das Recht, die Erstattung durch den Auftragnehmer zu verlangen.
- (4) Der Auftragnehmer hat eine Betriebshaftpflichtversicherung und Umwelthaftpflichtversicherung abzuschließen und aufrecht zu erhalten und der Auftraggeberin das Bestehen zu Vertragsbeginn und während der Vertragslaufzeit jährlich zum 01.12. nachzuweisen, die mindestens den folgenden Versicherungsumfang aufweist:

Umfang

Versicherungssumme

Personenschäden

2,5 Mio. Euro

Sach- und Vermögensschäden	2,5 Mio. Euro
Betriebsunterbrechung	5 Mio. Euro

- (5) Der Auftragnehmer wird in Verträgen mit Dritten, die er mit der Erfüllung von Verpflichtungen aus diesem Vertrag beauftragt, diesem Vertrag entsprechende Haftungsregeln aufnehmen. Dies umfasst auch die Verpflichtung des Auftragnehmers, die Verpflichtungen i.S.v. Absatz 4 durch den Nachunternehmer sicherzustellen. Der Auftragnehmer haftet für das Verschulden seiner Erfüllungs- und Verrichtungsgehilfen wie für eigenes Verschulden.

§ 11 Datenschutz

- (1) Die Parteien verpflichten sich, bei der Verarbeitung personenbezogener Daten im Zusammenhang mit diesem Vertrag alle einschlägigen datenschutzrechtlichen Vorschriften (einschließlich etwaiger Berufsgeheimnisse) einzuhalten und die erforderlichen technischen und organisatorischen Maßnahmen zu treffen, um ein angemessenes Schutzniveau sicherzustellen.
- (2) Soweit der Auftragnehmer zur Erfüllung der Vertragspflichten personenbezogene Daten im Auftrag des Auftraggebers verarbeitet, erfolgt dies weisungsgebunden. Die Parteien schließen hierfür eine schriftliche Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung (AVV) ab (Anlage 4), die die Mindestanforderungen des Art. 28 DSGVO erfüllt.

§ 12 Weitergabe von Informationen / Verschwiegenheit

- (1) Der Auftragnehmer willigt in die Weitergabe von Informationen, Äußerungen oder Arbeitsergebnissen, die auf Grund dieses Vertrages durch ihn geäußert bzw. erstellt werden, an die Konzernunternehmen der BG Kliniken – Klinikverbund der gesetzlichen Unfallversicherung gGmbH ein.
- (2) Unbenommen von Abs. 1 sind die Parteien gegenüber Dritten zur Verschwiegenheit über alle ihnen im Rahmen des Abschlusses und der Durchführung dieses Vertrages zur Kenntnis gelangten Informationen und sonstigen Angelegenheiten verpflichtet. Die Verpflichtung zur Verschwiegenheit besteht auch über die Beendigung des Vertragsverhältnisses hinaus.
- (3) Die Parteien verpflichten sich, die in Abs. 2 vereinbarte Verschwiegenheitspflicht ihren Mitarbeitern und beauftragten Dritten, die aufgrund ihrer Tätigkeit Kenntnisse von der Verschwiegenheit unterliegenden Informationen erlangen können, aufzuerlegen und für die Einhaltung der Verschwiegenheit zu sorgen. Die Parteien sind für Verletzungen dieser Verschwiegenheitspflicht ihrer gesetzlichen Vertreter sowie ihrer sonstigen Mitarbeiter und beauftragten Dritten verantwortlich.

§ 13 Schlussbestimmungen

- (1) Die Angabe der Auftraggeberin als Referenzauftraggeber gegenüber Dritten oder für werbliche oder sonstige Zwecke ist nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung der Auftraggeberin zulässig.
- (2) Die Parteien sind sich bewusst, dass E-Mail-Nachrichten von Dritten gelesen, verändert, verfälscht werden, verloren gehen oder mit Viren befallen sein können. Ansprüche können hieraus nicht hergeleitet werden. Die Auftraggeberin hat das Recht, ein gemeinsames Verschlüsselungsverfahren einzurichten.
- (3) Änderungen oder Ergänzungen dieser Vereinbarung bedürfen der Schriftform, soweit nicht notarielle Beurkundung erforderlich ist. Das Schriftformerfordernis gilt auch für Änderungen, Aufhebungen oder einen Verzicht auf die Einhaltung dieser Klausel.
- (4) Ausschließlicher Gerichtsstand für alle sich aus oder im Zusammenhang mit dieser Vereinbarung ergebenden Streitigkeiten ist Hamburg.
- (5) Bei Auslegung des Vertrags ist ausschließlich der in deutscher Sprache abgefasste Vertragswortlaut verbindlich. Erklärungen und Verhandlungen erfolgen in deutscher Sprache. Für die Regelung der vertraglichen und außervertraglichen Beziehungen zwischen den Vertragspartnern gilt ausschließlich das Recht der Bundesrepublik Deutschland.
- (6) Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages ganz oder teilweise nicht rechtswirksam oder nicht durchführbar sein oder ihre Rechtswirksamkeit später verlieren, so berührt dies die Gültigkeit der anderen Vertragsbestimmungen nicht. Anstelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmungen soll eine wirksame und durchführbare Regelung gelten, die - soweit rechtlich möglich - dem am nächsten kommt, was die Vertragsschließenden gewollt haben oder nach dem Sinn und Zweck dieses Vertrages gewollt haben würden, sofern sie bei Abschluss dieses Vertrages diesen Punkt bedacht hätten.

(Ort, Datum)

BG Klinikum Hamburg gGmbH

|

(Ort, Datum)

[...]